



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Verzicht auf die Einführung einer Kunststoffverpackungsteuer

Aktuell seit 15.10.2026 13:03:44

Angegeben von:

Beiersdorf AG (R006972) am 15.10.2026

Beschreibung:

Beiersdorf setzt sich dafür ein, dass die Bundesregierung von der Einführung einer nationalen Kunststoffverpackungsteuer absieht und stattdessen Anreize für recyclingfähige Verpackungen und Rezyklateinsatz über eine ökologische Modulation der Beteiligungsentgelte nach § 21 VerpackG (Fondsmodell) setzt. Falls eine Abgabe eingeführt wird: Anrechnung von Rezyklateinsatz und Recyclingfähigkeit, keine Doppelbelastung neben PPWR und § 21 VerpackG, Gleichbehandlung inländischer und importierter Produkte.

Betroffene Interessenbereiche (4)

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Industriepolitik [alle RV hierzu]

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (1)

VerpackG [alle RV hierzu]